



DIGITALER RECHTSPRECHUNGS-KOMMENTAR MONATSÜBERSICHT OKTOBER 2022, AUSGABE 137

Exakt und präzise kommentieren renommierte Expertinnen
und Experten die aktuelle Rechtsprechung.

AUSLÄNDERRECHT

Wann gilt Sozialhilfeabhängigkeit als «erheblich»?

Bemerkungen zum Urteil des Bundesgerichts 2C_726/2021 vom 8. Juni 2022

Marco Weiss

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts soll bereits ein Sozialhilfebezug von CHF 50'000 als erheblich gelten können und den Widerruf der Niederlassungsbewilligung rechtfertigen, wenn er verhältnismässig erscheint. Der Autor setzt sich mit der Grundannahme der Erheblichkeit kritisch auseinander und beurteilt als unzulässig, dass Fremdplatzierungskosten aus Kinderschutzmassnahmen leichthin als selbstverschuldete Sozialhilfekosten qualifiziert und für den Widerruf der Niederlassungsbewilligung herangezogen werden.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 2C_726/2021 vom 08. Juni 2022

Publiziert am 10. Oktober 2022

ERBRECHT

Nebenintervention bei Verfahren des Willensvollstreckers

Tarkan Göksu

Bei Klagen des Willensvollstreckers gegen die im Nachlass stehende Aktiengesellschaft wegen Organisationsmängeln (Art. 731b OR) kann jeder Erbe allein als unabhängiger Nebenintervenient dem Verfahren beitreten.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 4A_147/2021 vom 27. Oktober 2021, zur Publikation vorgesehen

Publiziert am 04. Oktober 2022

Interne oder öffentliche Versteigerung bei Erbteilung?

Tarkan Göksu

Beim Ermessensentscheid, ob eine Erbschaftssache intern oder öffentlich versteigert werden soll, kommt ausschliesslich die öffentliche Versteigerung infrage, wenn nur einer von mehreren Erben über die erforderlichen Mittel verfügt, um die Sache zu erwerben.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 5A_984/2021 vom 17. Mai 2022

Publiziert am 04. Oktober 2022

Mediationsveranstaltung - Recht in der Mediation

Ein Balanceakt zwischen
zwei Welten

GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Soziales Existenzminimum muss gewahrt sein
Sozialhilferechtliche Ungleichbehandlung vorläufig aufgenommener Personen mit
übergeordnetem Recht unvereinbar

Alexandra Büchler

Eine Kürzung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe von vorläufig aufgenommenen Personen um fast 30% gegenüber dem regulären Ansatz verletzt das Rechtsgleichheitsgebot. Obwohl das Gericht die Problematik im Grundsatz erkennt, geht es in seinem Urteil zu wenig weit. Konkret bejaht es eine derartige Verletzung erst ab dem Zeitpunkt, ab welchem sich die Person bereits seit zehn Jahren mit einer vorläufigen Aufnahme in der Schweiz aufhält, und hält selbst danach eine Kürzung um 15% noch für angemessen. Damit legitimiert es eine zeitlich unbegrenzte Ungleichbehandlung vorläufig aufgenommener Personen.

Kommentar zu: BE-Entscheide [100-2021-205](#) vom 29. Juni 2022
Publiziert am 11. Oktober 2022

VERTRAGSRECHT

Beachtung der Nichtigkeit von Amtes wegen?

Milos Karic / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil [4A_385/2021](#) vom 13. Januar 2022 hielt das Bundesgericht fest, dass Zivilgerichte die Nichtigkeit von Generalversammlungsbeschlüssen nur dann von Amtes wegen feststellen müssen, wenn (i) der fragliche Beschluss Gegenstand des Verfahrens ist bzw. sich dessen allfällige Nichtigkeit auch auf die Beschwerdesache auswirken kann und (ii) ein entsprechendes Feststellungsbegehren vorliegt.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_385/2021](#) vom 13. Januar 2022
Publiziert am 26. Oktober 2022

Fahrlässiger Irrtum und Verstoss gegen Treu und Glauben

Nochmals zur Opfermitverantwortung im Zivilrecht

Viktoriya Chernaya / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil [4A_29/2022](#) vom 19. April 2022 bestätigte das Bundesgericht seine Rechtsprechung, wonach ein fahrlässiges Verhalten, gerade in Verbindung mit weiteren Umständen, eine Berufung auf Grundlagenirrtum als treuwidrig bzw. unzulässig erscheinen lassen könne. Aus diesem Grund verwehrte es der Verkäuferin eines Grundstücks die Berufung auf Grundlagenirrtum: Die Verkäuferin hätte sich als redlich handelnde Partei vor Vertragsabschluss über die Umnutzungsmöglichkeit des Grundstücks informieren müssen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_29/2022](#) vom 19. April 2022
Publiziert am 10. Oktober 2022

Das Metaverse aus der juristischen Perspektive.

Mit **Anita Lamprecht**
«Ein wesentlicher Grundkurs mit wertvollen Basisinformationen»

NOV 11 zürich 09:00 12:00



Die aktuellsten juristischen Neuigkeiten werden Ihnen in den Blogs kompakt zusammengefasst.

ARBEITSRECHT

Schadloshaltung für Anwaltskosten
Nicolas Facincani

Abrufanspruch bei Arbeit auf Abruf
Nicolas Facincani / Louis Delfosse

Wer hat gekündigt? - Widerruf einer Kündigung
Nicolas Facincani

Licenciement d'un cadre supérieur
Célian Hirsch

BAU- UND IMMOBILIENRECHT

Gemeinde Klosters-Serneus / Schrittweise Inkraftsetzung einer Planungszone
Fabian Klaber

Metaverse & Web 3.0

Mit **Philip Hanke**
(Crypto, NFTs, Blockchain)

DEZ 01 zürich 09:00 12:00



DATENSCHUTZRECHT

L'accès du public aux documents officiels de l'Autorité fédérale de surveillance en matière de révision est régi par la LTrans
Grégoire Chappuis

FAMILIEN- UND PERSONENRECHT

Aufteilung des Betreuungsunterhalts in Patchworkfamilien

Jean-Michel Ludin

GESELLSCHAFTSRECHT UND FINANZMARKTRECHT

A défaut d'un Big Bang, des précisions utiles

Philipp Fischer

IPR/IZPR UND ARBITRATION

Enforcement of award set aside at seat must be refused

Anya George / Konrad Staeger

Ausdehnung einer Schiedsklausel auf einen Dritten (nach französischem Recht)

Michael Feit / Francesca Borio

Le droit applicable à la prescription d'une créance constatée dans un jugement étranger

Marc Grezella

Rechtlicher Life Cycle im und um das Metaverse

Mit **Carmen de la Cruz**
RA lic. Jur., eidg. dipl. Wirtschafts-
Informatikerin, Notarin, Partnerin
LEXcellence AG, Baar

DEZ
07
Zürich

09:00
12:00

EBLAW
ACADEMY

KARTELLRECHT

Sanktionsverfügung, Unterlassungsanordnung

Martin Rauber

STRAFRECHT

Manifestations non autorisées et liberté d'expression

Camille de Salis

La promotion de formations au trading en ligne de cryptoactifs

Yannick Caballero Cuevas

VERTRAGSRECHT

Comparer, une prudence élémentaire ?

Célian Hirsch

«Execution only»-Vertrag; Geschäfte, die von einem Bankangestellten ohne Erlaubnis des Kunden ausgeführt wurden; Klage auf Erfüllung oder auf Haftung

Martin Rauber

L'interruption de prescription de l'action contractuelle en procédure pénale

Arnaud Nussbaumer-Laghzaoui



EDITIONS WEBLAW

Der dRSK umfasst Rechtsprechungskommentare von über 100 Spezialisten auf mehr als 30 Rechtsgebieten. Die Expertenkommentierungen durchlaufen ein internes Peer Review anhand einer renommierten Redaktion, welches einen hohen Qualitätsstandard gewährleistet.

Neben den Expertenkommentierungen sind im dRSK Blog-Beiträge enthalten. Für die Inhalte dieser Beiträge zeichnen die Verfasser und Inhaber der Blogs verantwortlich - [Liste der Blogs](#)

Der dRSK wird separat und als Teil des Informations- und Rechercheportals Push-Service Entscheide angeboten. Die Besprechungen sind über einen Zitiervorschlag und Randziffern zitierfähig.

Statistik:

Abonnentinnen und Abonnenten "digitaler Rechtsprechungs-Kommentar (dRSK)": 11178

Information und Impressum:

info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995, Editions Weblaw.

Abmeldungen und Adress-Änderungen: Login unter <https://register.weblaw.ch>. Unter dem Navigationspunkt «Profildaten bearbeiten» und folgend «E-Mail Adressen» können Sie die Monatsübersicht zum dRSK abbestellen bzw. Adress-Änderungen vornehmen.

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail, sondern benutzen Sie die oben erwähnten Kontaktinformationen.

<https://drsk.weblaw.ch>



Weblaw AG | Schwarztorstrasse 22 | 3007 Bern
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

